

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
212 · Ausgabe CH · Mai 2024
AZB 3001 Bern · Post CH AG



Prämien- wahnsinn stoppen!



Am 9. Juni

Stoppen wir die Prämienexplosion!

Die Krankenkassenprämien bringen immer mehr Menschen in finanzielle Schwierigkeiten. Die Prämien-Entlastungs-Initiative schafft Abhilfe. Seite 4

ATOMKRAFT NEIN DANKE

Die Gegner:innen des Stromgesetzes ziehen im Hintergrund die Fäden, um AKWs wieder salonfähig zu machen. Darum Ja zum Stromgesetz. Seite 6

HISTORISCHER SIEG FÜR DIE KLIMASENIOR:INNEN

Historikerin Heidi Witzig ordnet den Klima-Entscheid aus Strassburg ein und zieht Parallelen zum Frauenstimmrecht. Seite 13

Liebe Genoss:innen



Tag für Tag kämpfen wir im Bundeshaus gegen die bürgerlichen Mühlen und die Gesundheits-, Versicherungs- und Bankenlobby an. Wir allen wissen: Partei ergreifen für eine soziale Schweiz setzt einen langen Atem voraus. Dass wir über den nötigen Schnauf und die richtigen Rezepte verfügen, haben wir spätestens am 3. März bewiesen. Zum ersten Mal hat die Bevölkerung bei einer Volksinitiative dem Ausbau des Sozialstaates zugestimmt. Rentner:innen werden eine 13. AHV-Rente erhalten. So lässt sich ihr Kaufkraftverlust ausgleichen.

Das Ja der Bevölkerung ist unmissverständlich. Die Bevölkerung hat genug davon, dass Mitte-Rechts im Bundeshaus immer neue Sonderrechte und Steuerprivilegien für Superreiche sowie Konzerne schafft und gleichzeitig jegliche Entlastung ablehnt. Dieses Ja ist kein Zufall oder Glück. Es ist das Resultat von jahrelangem Einsatz und grossem Engagement von zahlreichen Mitgliedern und Unterstützer:innen.

Genau diesen Schwung nehmen wir nun mit für die Abstimmungen am 9. Juni. Die Krankenkassenprämien explodieren, und das bringt immer mehr Menschen in finanzielle Schwierigkeiten. Mit der Prämien-Entlastungs-Initiative stoppen wir diesen Wahnsinn. Die Prämien werden gedeckelt und dürfen neu nicht mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen. Dafür setzen wir uns ein. Mit zahlreichen Veranstaltungen in den Kantonen sowie Sektionen und gemeinsam mit vielen Menschen, die für eine soziale Schweiz Partei ergreifen.

Schon jetzt: Ein riesiges Merci für eure wichtige Arbeit! Gemeinsam schaffen wir erneut die Sensation und holen endlich nach, was die Mehrheit im Bundeshaus seit langem versäumt: Für bezahlbare Prämien sorgen.

Herzliche Grüsse

Tom Cassee

Generalsekretär SP Schweiz

INHALT

- 4 **Darum braucht es ein Ja zur Prämien-Entlastungs-Initiative**
Alles, was du zur Wirkung der Initiative wissen musst
- 7 **Mit einem Ja zum Stromgesetz gegen neue AKW**
Wie die Befürworter:innen neuer AKW gegen das Stromgesetz mobil machen
- 8 **Blick über den Röstigraben: «Wunder sind möglich»**
Estelle Revaz, Nationalrätin aus Genf, bringt Musik ins Bundeshaus
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **Klimasenior:innen: «Es ist egal, wenn die Gegner hässig sind»**
Historikerin Heidi Witzig ordnet das Klima-Urteil aus Strassburg ein
- 15 **Mitgliederaktion: Kursangebot der Naturfreunde**
- 16 **Kochen fürs Klima: Vegan und gesund**
Zu Besuch bei Levin Freudenthaler, Koch und Co-Präsident der JUSO Zug
- 17 **Was geschieht mit dem digitalen Nachlass?**
Was du zu Lebzeiten vorkehren und wie du Nachfahren entlasten kannst
- 18 **5 Fragen an Neumitglied Lucia Kalbermatten, Haldi UR**
- 19 **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und der Anny-Klawe-Morf-Stiftung**



Klebe-Tattoos für den feministischen Streik

Bald ist es wieder so weit: Am 14. Juni steigt der feministische Streik 2024! Die SP Schweiz und die SP Frauen engagieren sich gemeinsam für gute Löhne und Renten, für eine bessere Anerkennung von Care-Arbeit sowie gegen Gewalt und Sexismus. Das wollen wir an diesem Tag so sichtbar wie möglich machen. Deshalb haben wir temporär haftende Klebe-Tattoos mit unseren Forderungen produziert, die du kostenlos auf der Website der SP Schweiz bestellen kannst. Zeige mit einem der Slogans – «ni una menos», «immer

no hässig», «mon corps – mon choix» – was wirklich wichtig ist.

Unter diesem Link kannst du dir die temporären Klebe-Tattoos mit unseren permanenten feministischen Forderungen sichern:
→ www.sp-ps.ch/feministische-tattoos



Auf zum feministischen Streik – bis am 14. Juni!

Auf zu den Europawahlen!

Bist du Doppelbürger:in oder hast einfach einen EU-Pass? Nimm an den Europawahlen teil und setze ein Zeichen für die Demokratie, für die Stärkung der Kaufkraft, für den Kampf gegen die Klimakrise und für mehr Gleichstellung. Die 700 Parlamentarier:innen werden in ganz Europa vom 6. bis am 9. Juni gewählt. In der Schweiz leben 2,3 Millionen Menschen, die einen EU-Pass besitzen. Wahlberechtigt sind EU-Bürger:innen im wahlfähigen Alter, in der Regel 18 Jahre. In Belgien, Deutschland, Malta und Österreich dürfen schon 16-jährige wählen. Die Teilnahmebedingungen hängen vom Herkunftsland ab und variieren stark. Damit der Überblick über Voraussetzungen und Deadlines leichter fällt, haben wir die wichtigsten Informationen zusammengetragen – ein Blick auf die Fristen lohnt sich: So ist eine Registrierung für die Wahl für deutsche Staatsbürger:innen beispielsweise nur noch bis zum 19. Mai möglich.

→ www.sp-ps.ch/kampagne/eu-wahlen-24/

SRF-Dok über Elisabeth Baume-Schneider: Die erste Jurassierin im Bundesrat

Wer ist Elisabeth Baume-Schneider? SRF hat die Bundesrätin ein Jahr lang begleitet und zeichnet das Bild einer kompetenten und



volksnahen Bundesrätin, die ihren eigenen Weg geht, beherzt zupackt und mit Humor und Charme Widerstände überwindet. Einige Szenen aus ihrem Alltag sind unvergesslich, und neben vielen Höhe- kommen auch die Tiefpunkte zur Sprache. Doch zu viel soll hier nicht verraten sein. Wer den Dokumentarfilm von SRF verpasst hat, kann ihn unter www.srf.ch/play/tv nachschauen.



Gaza-Appell: Ein halber Erfolg

Überwältigende 47 000 Unterschriften kamen bis Redaktionsschluss für unseren Gaza-Appell zusammen: Wir fordern Bundesrat Cassis damit auf, endlich dringend benötigte Unterstützungsgelder an das UN-Palästinenser-Hilfswerk UNRWA auszuzahlen. Denn die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal, viele Menschen leiden Hunger. In dieser existenziellen Notlage muss die Schweiz alles tun, um Menschenleben zu retten. Nach langem Ringen hat der Bundesrat nun – aus nicht nachvollziehbaren Gründen – beschlossen, bloss 10 Millionen Franken an die UNRWA auszuzahlen – die Hälfte der aktuell blockierten Gelder für das wichtigste Hilfswerk im Gazastreifen. Wir bleiben dran.

Komm mit der SP queer an die Zurich Pride

Im Juni stehen wir mit den Pride-Demonstrationen weltweit für Anerkennung und Gleichberechtigung von queeren Menschen ein.



Seit 1994 findet die Pride auch in Zürich statt, dieses Jahr unter dem Motto «Frei in jeder Beziehung».

Kommt zahlreich auf die Landiwiese, wo das Pride-Festival erstmals stattfindet. Die SP queer betreibt einen Stand und verschenkt wunderschöne temporäre Tattoos. Auch sonst lohnt sich ein Besuch – es gibt viel zu sehen und zu tun. Die Hauptrednerin ist Tamara Funicello, SP-Nationalrätin und Co-Präsidentin der SP Frauen. Seit vielen Jahren kämpft sie für Gleichberechtigung und wird aus Erfahrung darüber sprechen, was es heisst, in jeder Beziehung frei zu sein. Feiert mit uns und helft mit, für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Nur wenn wir zeigen, wie viele Menschen hinter uns stehen, haben wir eine Chance, gegen den anti-queeren Backlash anzukommen. Für die gemeinsame Demo treffen wir uns 15 Minuten vor Beginn. Den Treffpunkt geben wir zeitnah unter www.spqueer.ch bekannt.



Darum braucht es ein Ja zur Prämien-Entlastungs-Initiative



Barbara Gysi, Nationalrätin SG, Präsidentin Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Viele Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen wissen längst nicht mehr, wie sie die Krankenkassenprämien bezahlen sollen – und ein Ende der Prämienexplosion ist nicht in Sicht. Darum wollen wir die Krankenkassenprämien bei zehn Prozent des verfügbaren Einkommens deckeln. Ja zur Prämien-Entlastungs-Initiative!

Gesundheit sollen sich alle Menschen in der Schweiz leisten können, ob reich, arm, alt oder jung. Doch für viele Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen sind die Krankenkassenprämien heute finanziell kaum noch tragbar.

Das hat Gründe. Allen voran ist das Finanzierungssystem in der Schweiz ausgesprochen unsozial ausgestaltet. Mit den Kopfprämien

bezahlen alle gleich viel, unabhängig davon, wie viel sie verdienen. Eine Verkäuferin muss gleich hohe Krankenkassenprämien berappen wie die Managerin, der Lagerist gleich viel wie der Direktor.

Prämienwachstum ohne Ende

Die Prämien haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Auch für nächstes Jahr droht ein Prämien-

schub. Die Prämienbelastung ist darum längst nicht nur für Wenigverdienende zu einem grossen Problem geworden. Auch Familien und Rentnerhaushalte können die Belastung kaum mehr tragen. Eine vierköpfige Familie bezahlt 15 000 bis 19 000 Franken jährlich allein für die Krankenkassenprämien. Hinzu kommen noch Selbstkosten von rund 2200 Franken pro Person und Jahr, die

aus der eigenen Tasche bezahlt werden müssen. Das alles sprengt viele Haushaltsbudgets.

Gleichzeitig funktioniert das System nicht, das mit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung geschaffen wurde: die Prämienverbilligung. Sie sollte die Belastung abfedern. 1995 wurde versprochen, dass die maximale Belastung durch die Krankenkassenprämien acht Prozent des Haushaltsbudgets betragen dürfe, für Haushalte mit Kindern sogar nur sechs Prozent. Heute liegt die durchschnittliche Belastung bei 14, in einigen Regionen gar bei 20 Prozent.

Kantone stehlen sich aus Verantwortung

Warum ist das so? Die Prämienverbilligung wird von Bund und Kantonen gemeinsam finanziert. Doch nur der Anteil des Bundes ist an die Kostenentwicklung der Grundversicherung gebunden. Die Kantone unterstehen keinen Vorgaben. Viele haben sich darum aus der Finanzierung mehr und mehr zurückgezogen. Konkret: 17 Kantone haben ihren Anteil an den Prämienverbilligungen gesenkt, elf zahlen gar in Franken weniger als vor zehn Jahren – während die Menschen kaum mehr wissen, wie sie diesen Teuerungsschub verkraften sollen.

Da setzt unsere Prämien-Entlastungs-Initiative an. Sie will die Belastung durch die Krankenkassenprämien deckeln. Niemand soll mehr als zehn Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben müssen.

Tiefe und mittlere Einkommen profitieren

Wie funktioniert das? Bund und Kantone sollen die dafür nötigen Mittel nach einer fixen Aufteilung der Kosten bereitstellen. Mit dieser Massnahme würden der Bevölkerung pro Jahr rund 4,5 Milliarden Franken mehr zur Verfügung stehen. Eine vierköpfige Familie mit einem Haushaltseinkommen von 9000 Franken würde mit mehreren Hundert Franken pro Monat entlastet. Auch Alleinstehende oder Rentner:innen mit einem Einkommen bis zu 5000 Franken würden einen Beitrag an die Krankenkassenprämie erhalten.

Die öffentliche Hand kann diese Mehrausgaben finanzieren. Die Kantone stehen finanziell sehr gut da und auch der Bund kann das Geld dafür bereitstellen. Bei Bedarf könnte er Kapital oder Finanztransaktionen stärker besteuern.

Die hohen Gesundheitskosten sind eine Tatsache, die untere und mittlere Einkommen enorm belasten. Wir müssen dringend handeln. Darum braucht es am 9. Juni ein deutliches Ja zur Prämien-Entlastungs-Initiative.

VERANSTALTUNG: WAS, WARUM, WIE?

Die SP Schweiz und die Kantonalparteien organisierten im Vorfeld des Abstimmungstermins diverse Veranstaltungen und Webinare zur Prämien-Entlastungs-Initiative. Nach Redaktionsschluss folgen noch zwei Termine: In der Ostschweiz diskutiert am **21. Mai** eine hochkarätig besetzte Runde die Initiative in Wil. Vor Ort dabei sind Nationalrätin **Barbara Gysi**, Ärztin **Yvonne Gilli**, Pflegefachfrau **Ronja Stahl** und Sozialarbeiter **Franz Schibli**. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

30. Mai 2024: Barbara Gysi und die Glarner SP-Fraktionspräsidentin Sabine Steinmann stellen die Initiative in Enneda (GL) vor – alle sind herzlich willkommen.

Alle Details finden sich hier:
www.bezahlbare-praemien.ch/veranstaltungen



AUF EINEN BLICK: DAS MUSST DU WISSEN

Wer profitiert tatsächlich von der Initiative? Und wie funktioniert die Prämienentlastung? Die wichtigsten Fragen und Antworten auf einen Blick.

Warum braucht es die Prämien-Entlastungs-Initiative?

Die Krankenkassenprämien explodieren. Das bringt immer mehr Menschen in finanzielle Schwierigkeiten. Mit der Prämien-Initiative stoppen wir diese Entwicklung.

Was will die Prämien-Entlastungs-Initiative?

Die Prämien werden gedeckelt und dürfen neu nicht mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen.

Welchen Einfluss hätte ein Ja auf die Politik?

Mit einem Ja zur Initiative müssten Bund und Kantone die Prämien deckeln. Dadurch steigt der Druck auf die Politik, die Lobbyisten in die Schranken zu weisen und die explodierenden Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen.

Sind Prämien von Zusatzversicherungen auch von der Prämien-Entlastungs-Initiative betroffen?

Nein, die Prämiendeckung gilt ausschliesslich für die Prämien der Grundversicherung.

Wie ist die Situation in der Schweiz im internationalen Vergleich?

In fast allen EU-Ländern werden rund 80 Prozent der Gesundheitsausgaben öffentlich finanziert. In der Schweiz ist das anders. Hier sind nur 36 Prozent öffentlich finanziert, die übrigen Kosten trägt die Bevölkerung. In keinem Land in Europa müssen die Menschen für die Gesundheitsversorgung mehr aus der eigenen Tasche bezahlen.

Wie wird das verfügbare Einkommen berechnet?

Das verfügbare Einkommen entspricht dem steuerbaren Einkommen, also der Summe aller Einkünfte minus der steuerlichen Abzüge. Zusätzlich schlägt das Initiativkomitee eine Obergrenze für Vermögen und Einkommen vor. So wird sichergestellt, dass nur diejenigen von der Initiative profitieren, die es nötig haben.

Wer profitiert von der Initiative?



Familie mit zwei Kindern

Eine vierköpfige Familie mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von zusammen 9000 Franken netto spart monatlich mehrere Hundert Franken.



Pensionierte und Einzelpersonen

Pensionierte und Einzelpersonen mit einem Nettoeinkommen bis zu 5000 Franken profitieren von der geforderten Deckelung der Prämien.

Mit einem Ja zum Stromgesetz auch neue AKW verhindern



Nadine Masshardt, Nationalrätin BE und Präsidentin der Schweizerischen Energie-stiftung

Ein genauer Blick auf die Gegnerschaft des Stromgesetzes lohnt sich: Auffällig viele von ihnen sind prominente AKW-Befürworter:innen wie Magdalena Martullo-Blocher. Der Widerstand der Atomlobby hat einen simplen Grund: Bei einem Nein zum Stromgesetz steigt der Druck, neue AKW zu bauen.

AKW sind eine tickende Zeitbombe für unsere Umwelt und Sicherheit. Die verheerenden Unfälle von Fukushima und Tschernobyl zeigen, dass Atomenergie katastrophale Folgen haben kann. Gleichzeitig bleibt die ungelöste Entsorgung radioaktiver Abfälle eine Bedrohung für kommende Generationen. Deshalb hat die Schweizer Stimmbewölkerung 2017 an der Urne mit dem Ja zur Energiestrategie den Bau neuer AKW verboten.

Das passt nicht allen. Die Atomlobby arbeitet mit Hochdruck daran, trotz Volksentscheid neue Atomkraftwerke bauen zu können. Die SVP-Nationalrätin

Magdalena Martullo-Blocher fordert beispielsweise nur vier Jahre nach dem vom Volk beschlossenen Atomausstieg bereits ein neues AKW. Genau diese Kreise bekämpfen nun auch das Stromgesetz. Ihre Überlegung: Ohne zusätzlichen Strom aus Erneuerbaren steigt die Gefahr einer Mangellage. In einer solchen Situation wäre es einfacher, Mehrheiten für die Atomenergie zu finden.

Alternativen liegen auf dem Tisch

Doch Atomkraft ist keine Lösung. Sie ist nicht nur gefährlich, sondern auch teuer: Ein neues AKW in Frankreich kostet statt der geplanten 3 Milliarden Euro am Schluss über

20! Auch in Finnland und Grossbritannien wurden neue AKW zu Milliarden-Gräbern.

Im Gegensatz dazu können wir mit dem Stromgesetz die erneuerbaren Energien im grossen Stil günstig ausbauen, besonders die Solarenergie auf bestehenden Infrastrukturen. Das ist gut für das Klima und macht uns unabhängig von ausländischem Öl und Gas sowie russischem Uran. Denn pro Jahr zahlen wir derzeit 8 Milliarden Franken alleine für den Import von Öl und Gas. Dieses Geld investieren wir besser bei uns, indem wir die erneuerbaren Energien ausbauen. Und genau das will das Stromgesetz!

Darum ist klar: Ein Ja am 9. Juni stärkt nicht nur den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit, sondern ist auch ein wichtiger Schritt hin zu einer atomfreien Zukunft. Das Stromgesetz ist Voraussetzung dafür, dass wir keine neuen AKW brauchen.



Nein zur schwammigen Kostenbremse-Initiative



Sarah Wyss, Nationalrätin BS

Die Kostenbremse-Initiative der Mitte ist eine Mogelpackung: Sie präsentiert keine Lösung für die hohen Gesundheitskosten, sondern lässt offen, wo der Rotstift angesetzt werden soll. Es besteht daher die Gefahr, dass bei Patient:innen und Personal gespart würde.

Die Prämienlast wird für immer mehr Menschen zu einem ernsthaften Problem. Wie lässt sich dieses angehen? Die «Kostenbremse» schlägt vor, die obligatorische Krankenversicherung an die Lohn- und Wirtschaftsentwicklung zu koppeln. Wenn Gesundheitskosten überproportional steigen, werden Massnahmen zur Kostendämpfung notwendig.

Die Verbindung von Gesundheitskosten mit der Lohn- und Wirtschaftsentwicklung ist schlicht Willkür. Denn die Kosten entwickeln sich nicht im Gleichschritt. Ausschlaggebende Faktoren mit Auswirkung auf die Prämienlast sind auch der

demographische Wandel, der medizinische Fortschritt und die Art, wie das Gesundheitswesen finanziert ist. So sind beispielsweise stationäre Behandlungen im Spital zu 45 Prozent durch die Prämien finanziert, ambulante hingegen zu 100 Prozent, was die Prämien beeinflusst. Die Initiative berücksichtigt all dies nicht. Hinzu kommt, dass Menschen in wirtschaftlich schlechteren Zeiten vermehrt krank sind und Gesundheitsleistungen beanspruchen müssen.

Gravierende Nebenwirkungen

Diese Initiative würde vor allem eines bewirken: Die Reduktion des

Grundkataloges der Krankenkasse und eine Verschiebung dieser Leistungen in die Zusatzversicherung. Gerade chronisch kranke und ältere Menschen sowie Familien könnten sich diese Zusatzversicherung nicht leisten oder erhielten sie nicht mehr. Dies würde unweigerlich zu einer Zweiklassenmedizin führen.

Die SP präsentiert regelmässig konkrete Massnahmen zur Kostendämpfung, etwa um Doppelspurigkeiten abzubauen, Fehlbehandlungen zu vermeiden, die Prävention zu stärken oder die Medikamentenpreise zu senken. Die Vorschläge scheiterten in der Vergangenheit an den Gesundheits-Lobbys, die Reformen verunmöglichen. Die Kostenbremse-Initiative hingegen schlägt gar nichts vor – sie ist bloss gefährlich.

Darum: Ein klares Nein zur Zweiklassenmedizin.



JA ZUM STROMGESETZ AM 9. JUNI

Für Klimaschutz und Versorgungssicherheit



Jon Pult, Bündner Nationalrat und Vizepräsident der SP Schweiz

Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft, allen voran der Sonnenenergie. Darauf setzen wir mit dem Stromgesetz: Vier von fünf neuen Solaranlagen sollen auf bestehenden Infrastrukturen installiert werden.

Das deutliche Volks-Ja zum Klimaschutzgesetz im Juni 2023 weist den Weg: Die Schweiz muss vorwärtskommen in der Klimapolitik. Darum müssen wir so schnell wie möglich aus Öl und Gas aussteigen. Zudem hat die Bevölkerung 2017 den schrittweisen Ausstieg aus der gefährlichen Atomkraft beschlossen.

Wir müssen die alternden Atomkraftwerke ersetzen, flächendeckend Wärmepumpen und Elektroautos betreiben, die Industrie dekarboni-

sieren und endlich unabhängig von dubiosen Öl- und Gasregimes werden. Dafür braucht es deutlich mehr erneuerbare Stromproduktion und Effizienz. Genau diese Ziele sind im Stromgesetz verbindlich verankert. Zudem schafft das Gesetz die Rahmenbedingungen, damit diese auch erreicht werden können. Es konzipiert eine Stromversorgung, die im Wesentlichen auf drei Säulen steht.

Der Sonnenenergie gehört die Zukunft

Die erste Säule ist der massive Ausbau der zukunftssträchtigen Solarenergie. Schon heute deckt sie 10 Prozent des Schweizer Stromverbrauchs, und jährlich kommen beeindruckende zwei Prozent dazu. Es braucht noch mehr Tempo. Mit dem Stromgesetz verbessern wir die Bedingungen für Solaranlagen auf Dächern, Fassaden und Infrastrukturen. Es gibt eine kostendeckende Vergütung für ins Netz eingespeisten Strom. Auf grossen Neubauten ab 300 m² Fläche gibt es eine Solarpflicht und grössere Anlagen, etwa auf Industriehallen, Parkplätzen oder entlang von Autobahnen, werden über Auktionen gefördert. Für alpine Solaranlagen gibt es keine Sonderbehandlung. Deshalb wird

sich der Ausbau weitgehend auf das riesige Potenzial der bestehenden Infrastruktur fokussieren. Über 80 Prozent der zusätzlichen Produktionskapazitäten werden auf bestehenden Infrastrukturen zugebaut.

Die zweite Säule ist die Stärkung der Wasserkraft, insbesondere der saisonalen Speicherung. Das ist wichtig, um die Versorgungssicherheit im Winter zu gewährleisten. Darum hat schon alt Bundesrätin Simonetta Sommaruga einen Runden Tisch mit den Umweltverbänden, den Kantonen und der Energiebranche einberufen. Dieser hat als Kompromiss zwischen den Interessen der Stromproduktion und des Naturschutzes 15 prioritäre Projekte definiert, die jetzt im Gesetz verankert sind.

Mehr Effizienz, stabilere Preise

Die dritte Säule ist die Energieeffizienz. Das Stromgesetz verpflichtet zum ersten Mal die Stromlieferanten dazu, Effizienzmassnahmen bei ihren Kundinnen und Kunden zu ergreifen. Das ist ein Durchbruch für einen sparsameren Umgang mit Energie in unserem Land.

Das Stromgesetz ermöglicht den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien und einen Effizienzschub. Damit leistet es einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz, zur Versorgungssicherheit und zu günstigen und stabilen Energiepreisen. Es verdient unsere Unterstützung.

NEIN ZUR IMPFPFLICHT-INITIATIVE

Die Initiative wurde im Herbst 2020 lanciert, mitten in der Corona-Pandemie. Sie verlangt, dass niemand bestraft oder benachteiligt wird, der: die Zustimmung zu einem «Eingriff in die körperliche Unversehrtheit» verweigert. Die Initiative zielt auf das Verbot einer Impfpflicht ab. Nur: In der Schweiz besteht und bestand noch nie eine Impfpflicht. Die Initiative ist darum überflüssig. Zudem ist sie ungenau formuliert: Ein «Eingriff» kann alles Mögliche bedeuten – vom Alkoholtest bis zu Durchsuchungen und würde damit die Arbeit von Polizei und Behörden erschweren. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Unterstützung erhält sie einzig von der SVP.

Darum: Nein zur Impfpflicht-Initiative!
Mehr dazu: www.sp-ps.ch/nein-zur-impfpflicht-initiative



Gibt immer alles: Estelle Revaz auf dem Balkon der Wandelhalle.

BLICK ÜBER DEN RÖSTIGRABEN

«Wunder sind möglich»

Sie bringt Musik ins Bundeshaus: Die international gefeierte Cellistin und Genfer Nationalrätin Estelle Revaz. Im Parlament hat sie bereits eine Motion zur Armutsbekämpfung durchgebracht. Pia Wildberger

Ihre Wahl in den Nationalrat war eine Sensation: Estelle Revaz, 34, holte für die SP im Kanton Genf einen dritten Sitz. «Dank Enthusiasmus, einer kreativen Kampagne und viel Unterstützung von ganz unterschiedlichen Menschen», sagt sie. Dabei engagierte sich die Cellistin erst seit der Pandemie in der Politik.

Politisert in der Pandemie

Damals, ab Frühling 2020, wurden von einem Tag auf den anderen Konzerte untersagt und Engagements storniert. Freischaffenden Künstler:innen wie Estelle Revaz brachen die Einkünfte weg. «Wir standen vor dem Nichts», sagt die Kleinunternehmerin, denn die Politik hatte die Kulturschaffenden vergessen. Die selbständige Cellistin realisierte, dass Politik sie ganz direkt betrifft – und griff zum Telefon. In unzähligen Gesprächen und Briefen schmiedete sie Koalitionen, brachte Ideen ein und schaffte es, führenden Politiker:innen und Drahtzieher:innen die Situation der 300 000 Kulturschaffenden

in der Schweiz darzulegen, sodass entsprechende Massnahmen ergriffen wurden. Revaz wird – wenig erstaunlich – rundum ausserordentliches Kommunikationstalent attestiert. «Wunder sind möglich», beschreibt sie die Erfahrung rückblickend.

Heute engagiert sie sich im Nationalrat für die Gleichstellung, für taugliche Regeln im Umgang mit Künstlicher Intelligenz und für die soziale Absicherung von Kunstschaffenden, Selbständigen und von Menschen, die von Armut betroffen sind. In der Sondersession von vergangenen April gelang ihr ein erster Coup: Der Nationalrat nahm ihre Motion an, mit der die Massnahmen zur Bekämpfung von Armut verlängert sowie eine nationale Strategie zu deren Prävention erarbeitet werden sollen.

Wie bringt sie das Doppelleben als Nationalrätin und international erfolgreiche Cellistin mit jährlich bis zu 80 Konzerten unter einen Hut? «Es ist eine Frage von Freude, Disziplin, Schaffenskraft und Organisation», sagt sie lächelnd. Während der Session steht

sie um 5 Uhr auf, übt frühmorgens bis um 7.55 Uhr in einem Sitzungszimmer im Bundeshaus. Auch die Mittagspause gilt dem Cello, damit nachmittags und abends genug Zeit für informelle Gespräche und Aperos bleibt, ohne die sich in der Politik keine Mehrheiten schaffen lassen. «Mich motiviert meine Leidenschaft.»

Volle Präsenz

Estelle Revaz gibt alles. Das stellte sie bereits als Jugendliche unter Beweis, als ihre Familie aus beruflichen Gründen aus der Walliser Heimat nach Paris zog. Als sich dort die Möglichkeit einer internationalen Karriere als Cellistin abzeichnete, beendete sie die Schule im Fernunterricht – «Lernen fällt mir leicht» –, damit mehr Zeit für die Musik blieb. Auch heute sagt sie über ihr Engagement: «Ich versuche jeden Tag so zu leben, als sei es der Letzte.»

Gibt es in der Politik Parallelen zur Musik? «In der Musik schafft man im Zusammenspiel etwas Schönes, alle bringen sich mit ihrem Instrument ein. In der Politik ist es ganz ähnlich. Am besten klingt es, wenn die Politiker:innen zum Zusammenspiel finden und dennoch bei ihren Werten bleiben.»



Hohe Bildungsqualität hat ihren Preis!



Ueli Egger, Grossrat und Co-Präsident der SP Kanton Bern

Als frisch pensionierter Lehrer überblicke ich 45 Jahre Berner Schulalltag an der Mittel- und Oberstufe. Das Fazit gleich vorne weg: Der Lehrberuf gefiel mir sehr, er ist aber immer anspruchsvoller geworden. Damit die heutigen Lehrpersonen den gesellschaftlichen und pädagogischen Ansprüchen und Anforderungen genügen können, benötigen sie die entsprechenden Ressourcen.

Trainer und Alleinunterhalter

Mit 20 Jahren übernahm ich in Frutigen eine 5. Klasse an der Primarschule Widi. Ich hatte als alleinverantwortlicher Klassenlehrer den Auftrag und fünf Jahre Zeit, die jungen Leute auf eine Berufslehre vorzubereiten. Das gelang mir als Anfänger dank vieler Tipps von meinen erfahrenen Lehrerkollegen (wir waren damals an der Oberstufe ein reines Männerteam) recht gut.

Coach plus Trainerteam-Verantwortlicher

Nach ein paar Sturm- und Drangjahren und der Ausbildung zum Sekundarlehrer wurde ich mit 30 Jahren als Klassenlehrer an die Sekundarschule Oberhofen gewählt. Auch hier hatte ich wieder fünf Jahre Zeit, um die Lernenden auf ihr Berufsleben vorzubereiten;

für mehr als die Hälfte der Klasse führte dieser Weg über eine Mittelschule. Als Lehrer war das meine wohl einfachste und befriedigendste Zeit. Ich war in einem Kollegium geborgen, hatte verschiedene Kolleginnen und Kollegen, welche an meiner Klasse unterrichteten und mit denen ich mich austauschen konnte, und ich unterrichtete eine Gruppe leistungsstarker und meist interessierter Lernender. Da die Mittelschulen ihre Schülerinnen und Schüler selbst selektionierten, konnte ich meinen Unterricht vollständig aufs Beraten und Coachen ausrichten. Zusammenhalt und Beziehungsarbeit wurden gestärkt durch mindestens ein Klassenlager pro Jahr, Weihnachtskonzerte, Schultheater und andere, auch spontane Aktivitäten ausserhalb des Schulzimmers.

Coach, Trainer, Therapeut und Schiedsrichter

(mit grossem Administrationsaufwand)

Mit dem Wechsel zur Selektion nach der 6. Klasse verkürzte sich meine Arbeit mit meinen Klassen auf nur mehr zwei oder drei Jahre. Nach der Abschaffung der verschiedenen Übertrittsprüfungen kam zu meiner Arbeit als Coach und Trainer auch noch das Amt des Schiedsrichters in Übertrittsfragen dazu. Die Leistungen mussten immer besser und individueller dokumentiert werden, die Durchlässigkeit in den Hauptfächern brachte Unruhe ins soziale Gefüge der Klassen. In meinem letzten Unterrichtsjahr unterrichtete ich an einer voll integrierten Klasse. Das bisherige Aufgabenheft erweiterte sich um

noch individuelleres Coaching und Vorbereiten, zusätzlich benötigte die Absprache mit den Heilpädagog:innen und den Kolleg:innen im Teamteaching weiteren Aufwand.

Genügend Ressourcen sind das A und O!

Kurz und gut: Die Anforderungen und Erwartungen an die heutige Schule lassen sich nur erfüllen, wenn Kanton und Gemeinden die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Neben einer modernen Infrastruktur und geeigneten Lehrmitteln braucht es genügend qualifizierte Lehrpersonen und schulische Fachpersonen, deren Arbeit in erster Linie den Schülerinnen und Schülern zugutekommt. Das heisst: Die Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen müssen besser werden. Dafür setzen sich die SP sowie die Initiative von Bildung Bern ein!

«Die Erwartungen an die heutige Schule lassen sich nur erfüllen, wenn Kanton und Gemeinden die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.»

LINKS BL•BS



Kämpferisches Einstehen für eine solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens: an der Demo und in der Rede unserer Präsidentin Lisa Mathys.



Bilder: Frantisek Matous



Tradition am 1. Mai in Basel: Getränke bestellen die Besucher:innen bei Mitgliedern von Regierung und Parlament.



Gemeinsam stark – viel mehr als eine leere Phrase

Der 1. Mai 2024 war schön, kämpferisch, laut, bunt und friedlich. Fast 6000 Menschen waren unter dem Slogan «Prämien runter, Löhne rauf» auf der Strasse. Auch die SP war mit einem starken Block vertreten.



Beda Baumgartner,
Vertreter der SP Basel-Stadt
im 1. Mai-Komitee

Der letztjährige 1. Mai war geprägt von einem problematischen Polizeieinsatz, welcher die bewilligte Demonstration nach wenigen Metern beendete. Und während die juristischen Verfahren von letztem Jahr noch laufen und die Aufarbeitung längst nicht abgeschlossen ist, fand dieses Jahr wiederum ein 1. Mai statt – und es war ein eindrücklicher und starker Tag!

Teilweise wird die Aussage «Gemeinsam sind wir stark» als Phrase abgetan. Was sich aber wirklich dahinter verbirgt und wie viel Kraft sich daraus entwickeln kann, hat der Tag der Arbeit dieses Jahr gezeigt. Fast 6000 Menschen reihten sich in die Demonstration unter dem Slogan «Prämien runter, Löhne rauf» ein. Die SP war mit einem starken Block von etwa 80 Genoss:innen gut vertreten. Die ganze Breite der baslerischen Linken war vertreten, die sich im 1. Mai-Komitee zur gemeinsamen Organisation zusammengefunden hatte. Bei der Route hatte sich das Komitee entschieden, wieder zur Route vom Claraplatz auf den Barfüsserplatz zurückzukehren. Auf dem Barfi fand dann das gut besuchte Fest statt, an dem es neben verschiedenen kulturellen und musikalischen

Auftritten auch politische Reden gab. Für die SP sprach Lisa Mathys als unsere Präsidentin über die Wichtigkeit von Solidarität in einer Zeit, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht und wichtige soziale Errungenschaften, wie der Wohnschutz, unter Druck geraten und Gefahr laufen, ausgehöhlt zu werden.

Die SP war wie gewohnt für den Betrieb im Festzelt verantwortlich – und dieser lief wie geschmiert. Vom Basismitglied bis zur Nationalrätin, von der QV-Präsidentin zum Regierungsrat waren alle dabei und mussten fortlaufend Getränke nachfüllen und auschenken. Das Wetter hat dieses Jahr mitgespielt, was sicher zur guten Mobilisierung und Stimmung beitrug.

Der 1. Mai 2024 hat Kraft gegeben und gezeigt: Gemeinsam können wir unsere Botschaften laut und wirksam auf die Strasse tragen. Hoffen wir, dass uns das auch am 9. Juni mit einem Ja zur Prämien-Entlastungs-Initiative an der Urne gelingt.

Liebe Genoss:innen

«Vielleicht sagst du am Familienfest nicht direkt, dass du jetzt Jusomitglied bist. Dem Frieden zuliebe.»

Das sagte meine Mutter zu mir, als ich als junge Frau in die Juso eingetreten bin. Selbstverständlich habe ich dann am Familienfest voller Stolz verkündet, dass ich nun Jusomitglied sei. Die Diskussion war vorprogrammiert.

Ich war stolz darauf, endlich das Gefühl zu haben, Teil einer guten Sache zu sein und einer Gruppe anzugehören, die sich für Gerechtigkeit, Respekt vor allen Lebewesen, gegen Unterdrückung von Ausgenutzten, gegen Rassismus und für Frauenrechte einsetzt. So hat alles begonnen.

«Du kannst dich nicht für Mensch und Tier gleichzeitig einsetzen!»

Ich habe damals, als ich im Komitee der Initiative gegen Massentierhaltung war, einige solche Nachrichten erhalten. Trotzdem habe ich mich noch mehr für diese Initiative eingesetzt mit der tiefen Überzeugung, dass sie zu einer faireren und nachhaltigeren Landwirtschaft führen würde und von den Bäuerinnen und Bauern massiv Druck wegnehmen würde.

Abgesehen davon bedeutet der Einsatz fürs Tierwohl, dass man sich auch für den Menschen einsetzt, denn: ohne Natur und ohne Tiere keine Menschen. Eine Gesellschaft, die Umwelt und Tiere ausnutzt, wird die Folgen davon spüren. Und das tun wir ja bereits. Die SP hat schon immer Partei für Benachteiligte und Unterdrückte ergriffen. Manchmal sind das auch Tiere oder die Umwelt.

«Wenn dich das so traurig macht, dann bist du wohl nicht für Politik gemacht.»

Das wurde mir gesagt, als mir bei einem Ereignis, das ich als absolut ungerecht gegenüber den Betroffenen empfand, die Tränen kamen. Dieser Satz hat mich getroffen. Ist es denn so, dass ich als Politikerin stets allem mit Stärke begegnen muss? Nein, genau die Politik der SP hat Empathie und Mitgefühl als Grundpfeiler. Das heisst, dass wir den Menschen zuhören und ihnen auch mit Mitgefühl begegnen. Rechthaberei und «Genervtheit» sehen wir in der Politik zur Genüge. Empathie zu empfinden veranlasst uns auch, umso stärker gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen.

«Wann willst du das noch tun?»

Diese Frage habe ich in den letzten Wochen bestimmt 20 Mal gehört und ja, sie ist wahrscheinlich, von aussen betrachtet, berechtigt. Als Mutter, Sekundarstufe-1-Lehrerin, Gemeinderätin der Stadt Solothurn, Präsidentin der Gemeinderatsfraktion und Kantonsrätin habe ich eine sehr volle Agenda.

Wer mich aber kennt, weiss, dass ich nicht anders kann, als mich dafür zu engagieren, was mir wichtig ist. Ich kann nicht stillsitzen – ich will bewegen und mitgestalten. Am allerliebsten immer zusammen mit anderen Menschen – und genau das fasziniert mich so an unserer Partei: Sie ist voller Menschen, die zusammenarbeiten, einander unterstützen und für andere eintreten. In der Überzeugung «Für alle statt für wenige».

«Hast du keine anderen Hobbys?»

Doch, klar. Aber seit 2021 bin ich im Gemeinderat der Stadt Solothurn und liebe es Sachgeschäfte durchzukämmen. Seit letztem Jahr

darf ich im Kantonsrat sein. Bei gewissen Geschäften, die wir behandeln, wird mir immer wieder bewusst, dass es uns und unsere Haltung dringend braucht. Gerade wenn es darum geht, wohin Geld fliesst – oder eben auch nicht, wie über Menschen anderer Herkunft debattiert wird, wie ausgegrenzt wird, wie Sündenböcke gesucht werden und wie versucht wird, Verbesserungen für Menschen mit kleinerem Einkommen schlecht zu machen. Es braucht uns und unsere Überzeugungen.

Wir haben ein weiteres wichtiges Jahr vor uns mit kantonalen, kommunalen und Regierungsratswahlen. Dazu kommen unsere Mindestlohninitiative, die wir eingereicht haben, und weitere wichtige Abstimmungsvorlagen.

Dass ich voller Motivation anpacken werde, brauche ich nicht zu betonen – das ist selbstverständlich.

Ich bedanke mich herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen und freue mich auf diese Aufgabe!

Angela Petiti, Gemeinderätin, Kantonsrätin und Co-Präsidentin SP Kanton Solothurn, Solothurn

ZUR PERSON

Angela Petiti kommt aus Solothurn. Politisch ist sie als Fraktionschefin der Gemeinderatsfraktion in der Stadt Solothurn und Kantonsrätin unterwegs. Beruflich unterrichtet sie als Sek-1-Lehrerin Französisch, Geschichte, Musik und Gesang an der Kreisschule Thal.



Wir sind Wahlsieger:innen!

Sonja Wiesmann nimmt die Gratulation von Marina Bruggmann entgegen im Moment, als ihre Wahl feststand.

Der 7. April 2024 war ein Wahlsonntag, wie man ihn sich kaum erträumen kann. Zuerst wurde Sonja Wiesmann souverän neu in den Regierungsrat gewählt. Und dann begannen die Resultate der Grossratswahlen einzutreffen: Ein Sitz nach dem anderen fiel der SP zu. Letzten Endes stand fest, dass unsere Fraktion im Grossen Rat von 13 auf 18 Sitze anwächst.



Yves Müller,
Parteisekretär SP Thurgau

Starke Basiskampagne und geschickte Listenverbindungen

Wie war das möglich? Es war wohl eine Mischung aus geschickten Listenverbindungen und einer sehr aktiv geführten Basiskampagne. So konnten wir in sämtlichen Bezirken die Stimmenanzahl oder die Parteistärke steigern, obwohl die Wahlbeteiligung abnahm. Speziell haben wir mehr Stimmen von SP-Wahlzetteln erhalten. So hat die SP Thurgau ihren grössten Sitzzuwachs seit 1944 eingefahren und ist jetzt mit 18 Sitzen im Grossen Rat Thurgau vertreten.

Wir verneigen uns vor dem riesigen Einsatz aller Mitglieder! Ohne euch wäre dieses historische Resultat nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank!

Doch die Arbeit beginnt erst!

Doch die Wahl hatte auch ihre Schattenseiten. So verlor Rot-Grün über zwei Prozent an Stimmenanteilen. Dies unter anderem auch, weil wir trotz der zahlreichen Sitzgewinne «nur» um 0,5 Prozent zulegten. So haben insgesamt die bürgerlichen Parteien an Stimmenprozenten gewonnen: Jetzt müssen wir also erst recht an die Arbeit! Jetzt legen wir das Fundament für einen linken Thurgau bei den nächsten Wahlen.

Denn weiter schreien die rechten Parteien danach, die Sozialausgaben im Kanton und im Land noch weiter zu kürzen. Weiterhin möchte die Thurgauer Regierung laufende Projekte zu Klimaschutz und Sozialpolitik auf Eis legen – aus Spargründen! Während es vor wenigen Jahren die genau gleichen Parteien waren, welche die Steuern senken wollten.

Gerade in einer Zeit, in welcher alle Güter teurer werden, wird sich die SP mit aller Kraft für faire Krankenkassenprämien und Renten einsetzen. Und bereits jetzt fangen wir an mit dem Abstimmungskampf für die Prämien-Entlastungs-Initiative am 9. Juni. Mit der neuen Regierungsrätin Sonja Wiesmann und unserer neu 18-köpfigen Fraktion im Thurgauer Parlament werden wir uns gestärkt und geeint für einen sozialen Thurgau einsetzen!



Yves Müller/SP Thurgau

Einsatz für einen sozialen Thurgau bei einer Telefonaktion in Kreuzlingen.



Heidi Witzig in der Zürcher Bahnhofshalle unter dem Engel von Niki de Saint Phalle.

«Es ist egal, wenn die Gegner hässig sind»

Die renommierte Historikerin Heidi Witzig war Gründungsmitglied der Klimasenior:innen. Das Urteil des Gerichtshofs für Menschenrechte hält sie für «epochal» und vergleicht es mit der Einführung des Frauenstimmrechts.

ZUR PERSON

Heidi Witzig, geboren 1944, ist Historikerin, Politikerin und bekannte Frauenrechtlerin. Sie publizierte 1986 zusammen mit Elisabeth Joris eine Quellensammlung zur Frauengeschichte in der Schweiz und legte damit den Grundstein für die Erforschung der Geschichte von Frauen. Sie ist Mitglied der SP, lebt in Winterthur und half mit, die Klimasenior:innen und die Grossmütter-Revolution zu gründen. Dort setzt sie sich besonders für die Gleichberechtigung im Alter sowie ein feministisches Bild vom Alter ein.

Im Nachgang zum Entscheid aus Strassburg bezeichneten viele das Urteil als «historisch». Mit diesem Wort gehen Historiker:innen gewöhnlich vorsichtig um. Wie schätzt du den Entscheid ein?

Der Entscheid ist wirklich historisch. Er erweitert den Katalog der Menschenrechte um die Frage der Klimagesundheit. Auch unter den neuen Klimabedingungen haben die Menschen ein Recht auf Gesundheit. Das Urteil bedeutet, dass der Staat die Menschen vor den Folgen des Klimawandels schützen muss, und es hält fest, dass die Schweiz für den Klimaschutz zu wenig tut. Der Entscheid gilt für alle 46 Länder, die die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet haben – das ist epochal.

Warum war die Klage schlussendlich erfolgreich?

Es ist medizinisch erwiesen, dass Frauen ab 65 unter der Klimaerwärmung leiden. Dies legitimierte die Klage. Doch das Bundesgericht und der Bundesrat weigerten sich, unsere Klage materiell zu beurteilen. Es war unser Glück, dass sie uns nicht ernst genommen haben. Wir haben in Strassburg Recht bekommen, und nun muss der Bundesrat handeln und die Menschen vor den Folgen des Klimawandels schützen. Doch das Urteil ist raffiniert. Die Richter:innen haben nicht gesagt, welche Massnahmen der Bundesrat ergreifen muss, sondern dies offengelassen.

Warum haben die Klimasenior:innen nicht einfach Vorstösse eingereicht?

Es ist offensichtlich, dass man mit Vorstössen kaum Erfolg hat. Die Klage war politisch

Fortsetzung von Seite 13

mit Abstand das Gescheiteste, was wir machen konnten. Da ist es egal, wenn die Gegner nun hässig sind.

Die Ausweitung der Menschenrechte muss auch politisch fundiert sein. Findest du es korrekt, dass die Politik an die Gerichte ausgelagert wurde?

Die Klage bot eine gute Gelegenheit zum Ausbau der Menschenrechte. Menschenrechte sind Menschenrechte. Und sie entwickeln sich weiter. Seit der Unterzeichnung der Erklärung der Menschenrechte gelten sie auch für die Schweiz. Und wenn die geltenden Gesetze mit den Menschenrechten nicht konform sind, müssen wir halt die Gesetze anpassen. Die Menschenrechtskonvention hat uns übrigens schon früher zu einem grossen Schritt verholfen.

Worauf spielst du an?

Als die Schweiz 1969 der Europäischen Erklärung der Menschenrechte beitreten, aber einen Vorbehalt beim Frauenstimmrecht anbringen wollte, gab es einen internationalen Aufschrei. Die Schweiz machte sich komplett lächerlich, das Ansinnen stiess in ganz Europa auf Unverständnis. In der Folge stimmten dann die Männer über das Frauenstimmrecht ab, das 1971 eingeführt wurde. Der Druck aus dem Ausland war dafür entscheidend. Ausserdem durften die Frauen in etlichen Kantonen, vor allem in der Westschweiz, seit längerem wählen und sassen auch in der Regierung. Die Westschweiz musste sich langsam mit uns genieren ...

Habt ihr auf eurem langen Weg durch die Instanzen nie den Mut verloren?

Nein! Viele Klimasenior:innen sind alte Häsinnen im politischen Kampf. Wir hatten eine sehr gute Juristin, und Greenpeace hatte sich ebenfalls auf einen langen Kampf eingestellt. Viele Klimasenior:innen haben die Klage zu ihrem politischen Schwerpunkt gemacht. Wenn man einen so langen Atem

braucht, muss man für das Ziel brennen. Es war uns immer klar: Das ist ein Marathon.

Du hast dich immer für Frauenrechte eingesetzt. Wie kommt es, dass du dir das Thema Klima auf die Fahnen geschrieben hast?

Ich setzte mich jahrzehntelang nicht nur für Frauenrechte ein, sondern auch für die Umwelt. Das gehörte dazu. Ich war an jeder Demo gegen Kaiseraugst. Alle Klimasenior:innen sind gestandene Umweltschützer:innen. Mit der Klima-Klage führten wir dieses Engagement einfach weiter – es konnten ja nur die Seniorinnen aus medizinischen Gründen klagen. Das war ein Hebel, ein Aufhänger. Bei den Klimasenior:innen dürfen darum auch nur Frauen über 64 Jahren Mitglied werden.

Heute kleben sich manche auf die Strasse oder blockieren Fabriken. Hättest du dir auch eine aktivistischere Form von Protest vorstellen können?

Früher hätte ich mich vielleicht auf die Strasse geklebt, aber in meinem Alter sicher nicht mehr – ich bin schliesslich 80 Jahre alt. Das merke ich manchmal.

Du hast dich immer politisch betätigt und warst in der Gesellschaft aktiv. Magst du noch mitkämpfen?

Ich bin nicht müde, aber ich höre manchmal früher auf als auch schon. Aber bei der Grossmütter-Revolution sind wir sehr aktiv und nehmen selbstverständlich auch an Demonstrationen teil. Den Einsatz für die Umwelt halte ich nicht bloss als Seniorin für meine Pflicht.

«Die Klage war politisch mit Abstand das Gescheiteste, was wir machen konnten.»

BEAT JANS: MIT WITZ GEGEN DIE EMPÖRUNG

Das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR) schlägt immer noch hohe Wellen. Mit Witz nahm Bundesrat Beat Jans in seiner 1.-Mai-Rede auf dem Bundesplatz in Bern die Gegner des Entscheids auf die Schippe. Im Originalton:

«Warum diese Aufregung um das EGMR-Urteil?

Ich will den Kritikern dieses Urteils nicht die Rösti versalzen, aber: Das war kein Entscheid gegen die Schweizer Bevölkerung, sondern ein Entscheid für die Schweizer Bevölkerung. Warum diese Aufregung?

Als würdest du dem Brandmelder vorwerfen, dass er dir mitteilt, dass es brennt. Die gute Nachricht für alle Empörten: Ob wir löschen wollen, können wir immer noch selber entscheiden. Ganz souverän.»

Wir warten gespannt auf erste Vorschläge des Bundesrats zur Umsetzung des Urteils.

Standpunkt



Massnahmen für eine inklusive SP

Menschen mit Behinderungen sind in der Politik bis heute deutlich untervertreten. Doch der Handlungsbedarf ist erkannt: In der Sondersession vom April dieses Jahres nahm der Nationalrat das Postulat 24.3001 an, das zum Ziel hat, Massnahmen zur Verbesserung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu prüfen.

Auch innerhalb der SP sind Menschen mit Behinderungen untervertreten. Dies obwohl sich die SP als inklusive Partei versteht, an deren Aktivitäten Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen teilnehmen können. Um die Teilhabe zu verbessern, hat eine Arbeitsgruppe – bestehend aus Genoss:innen mit Behinderungen – ein Massnahmenpapier zu Händen der SP Schweiz, ihrer Kantonalparteien, Sektionen und Organe sowie der JUSO erstellt. Die Partei ist aufgerufen, die Sichtbarkeit und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Ämtern, Gremien und Publikationen zu fördern.

Die AG Inklusion empfiehlt in ihrem Papier konkrete Massnahmen für die hindernisfreie Gestaltung von Veranstaltungen und die Bereitstellung barrierefrei zugängliche Informationen. Aktuell reichen die staatlichen Leistungen für die gleichgestellte Teilhabe nicht aus. Es fehlen beispielsweise Mittel für die persönliche Assistenz und für Gebärdensprachdolmetscher:innen. Aus diesem Grund ist es teilweise auch nötig, mehr finanzielle Mittel bereitzustellen. Die SP fördert zudem den Austausch innerhalb der Partei durch die Vernetzung von Menschen mit Behinderungen.

Damit sich beurteilen lässt, wie erfolgreich die Massnahmen umgesetzt werden, ist für Ende 2025 eine Evaluation mit Befragungen der Sekretariate sowie von Genoss:innen mit Behinderungen in den jeweiligen Strukturen geplant. Kommen wir als Partei endlich dem Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention nach: «Nichts über uns ohne uns»!

Sina Eggimann, Mitglied des Parteirats



Die Natur als Bildungsauftrag

Mitglieder-
Aktion

Die Kurse der Naturfreunde richten sich an Klein und Gross – von der Wildheckenpflege bis zum Eisbaden.

Die SP und die Naturfreunde sind seit über 100 Jahren enge Verbündete. Im Laufe der Zeit haben sich die Aktivitäten verändert, geblieben ist der Wille, den Zugang zur Natur für die Arbeiter:innen und den Schutz der Natur zu stärken. SP-Mitglieder profitieren von Sonderkonditionen.

«Berg frei!» lautet seit 1895 die Losung der internationalen Naturfreundebewegung, die auch ihren Gründungszweck umschreibt: die Erstreitung des freien Zugangs zur Natur für die Arbeiterschaft. In der Natur, weit weg von Kneipen, Alkohol- und Tabakkonsum, sollten die Arbeiter:innen aufgeklärt, gebildet und physisch gestärkt werden. Umweltbildung war deshalb auch einer der zentralen Zwecke der 1925 gegründeten Naturfreunde Schweiz: «... Kenntnis der Naturschönheiten zu vermitteln, und seinen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, solche kennen zu lernen», «die Liebe zur Natur zu erwecken», «die Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse, ...» und «die Pflege von (...) Naturschutz». So steht es geschrieben in den Satzungen von 1925.

Heute ist hierzulande der Zugang zu Natur und Bergen für alle Menschen frei, sind die Arbeiter:innen nicht mehr dieselbe, als sehr hete-

Christine Schnapp,
Naturfreunde

rogen wahrgenommene Gruppe von damals – und ist Umweltbildung nötiger denn je. Denn Wissen über die Natur kann das Bewusstsein für die Notwendigkeit ihres Schutzes wecken.

Von Wildpflanzen bis Winterschwimmen

Deshalb haben die Vermittlung von Kenntnissen über ökologische Zusammenhänge sowie ihr unmittelbares Erleben bei den Naturfreunden Schweiz bis heute einen hohen Stellenwert. So steht das gemeinsame Naturerlebnis im Zentrum der meisten der rund 5000 Aktivitäten der Naturfreundeaktionen und kommt auch die niederschwellige Wissensvermittlung dabei nicht zu kurz. Und beim Landesverband gehört das Angebot an Naturkursen zu erschwinglichen Preisen längst zu den wichtigsten Tätigkeiten.

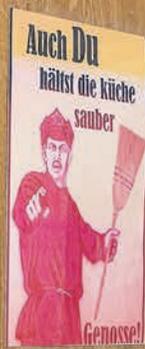
Pro Jahr organisieren die Naturfreunde Schweiz gegen zwanzig Naturkurse zu Themen wie Waldba-

den, Pilze bestimmen, Wildpflanzen sammeln, Wildheckenpflege, Tiere beobachten, Waldökologie und mehr. Grosser Beliebtheit erfreuen sich seit einigen Jahren Kurse rund um das Thema Eisbaden und Winterschwimmen. Deshalb findet dieses Jahr im Oktober erstmals ein zweitägiger Naturkurs mit Kältebaden, Kältewanderungen und Meditationen statt. Ort des Geschehens wird das Naturfreundehaus Tannhütte am Sämtisersee im malerischen Alpensteingebiet sein.

SP-Mitglieder, die die Naturkurse der Naturfreunde Schweiz kennenlernen möchten, können bis Ende 2025 einen eintägigen Kurs zum Mitgliederpreis von 40 Franken (statt 80 Franken für Nichtmitglieder) oder einen zweitägigen für 270 statt 350 Franken buchen. Bitte melde dich direkt bei Martin Strahm an unter: martin.strahm@naturfreunde.ch

→ Das Kursprogramm:
www.naturfreunde.ch/kurse/naturkurse





Gesund vegan



Levin Freudenthaler richtet auch zuhause gerne gross an.

Levin Freudenthaler rührt in vielen Töpfen – als gelernter Koch, als Co-Präsident der JUSO Zug oder als Mitglied des Wahlbüros von Steinhausen. Fürs Kochen bleibt jedoch immer Zeit. Pia Wildberger

Fürs Klima engagiert sich Levin Freudenthaler jederzeit – und so sagt er auch rasch und unkompliziert für die Food-Reportage des «Links»-Teams zu. Derzeit holt er die Berufsmatura nach und lädt die Redaktion darum zu sich nach Hause in Steinhausen (ZG) ein. Seit Anfang Mai arbeitet er in der Küche des Zehendermätteli in Bern, einem angesagten Restaurant, das im Sommer mit einem wunderbaren Garten, einem Fähr-Anschluss an der Aare und feiner saisonaler Hausmannskost punktet.

Dazu amtiert Levin als Co-Präsident der JUSO des Kantons Zug. In dieser Rolle heckt er gerne Aktionen gegen die verschwiegene Konzerne in der Steueroase Steinhausen aus – es gibt viel zu tun, packen wir es an. Der Kampf für bezahlbaren Wohnraum ist ihm ebenfalls ein Herzensanliegen, denn wer auf Wohnungssuche ist, steht im Kanton Zug vor enormen Problemen. Die Wohnungen sind – sofern überhaupt vorhanden – teuer und das Angebot an Genossenschaftswohnungen überschaubar.

Die Lehre absolvierte Levin im Kloster Heiligenkreuz (ZG) mit traditioneller Küche. Was macht eine Mahlzeit klimafreundlich? Seine Antwort ist einfach: «Kein Fleisch, regionale und saisonale Zutaten.» Von Berufes wegen brutzelt er nicht nur Planted Burger, sondern auch mal ein Plätzli oder einen Hackbraten. Der 20-jährige Koch lebt jedoch seit zwei Jahren vegan. «Wegen der Gesundheit und wegen dem Klima», fasst er zusammen, «aber man kann sich auch vegan ungesund ernähren.» Die «Links»-Redaktion schaut ihm darum genau über die Schulter: Levin hat ein Menü vorbereitet, das nicht nur sehr gut schmeckt, sondern auch gesund ist.

Die Blumenkohl-Rosetten liegen vorbereitet in der Schüssel und werden im Dampf der Kartoffeln gegart, die im Wasser sieden. In der Bratpfanne geröstet entfalten sie ihr volles Aroma. Später wird Levin die Kartoffeln zu einem Mus stampfen und mit der Kelle durch ein gewöhnliches Sieb drücken –

«so wird der Stock schön fein». Die Sosse aus Joghurt auf Sojabasis verfeinert er mit einer Handvoll Gartenkräutern – und fertig ist das köstliche, gesunde Gericht. Wir haben es probiert und können nur sagen: bon appétit!

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

WAS MUSS ICH BEACHTEN?

Mein digitaler Nachlass

Aufgepasst: Nicht nur «Dinge» werden vererbt, sondern auch das «Digitale Dasein» zählt zum Nachlass. Die SP erklärt, welche Vorkehrungen wir alle treffen sollten.

Die meisten von uns sind täglich im Internet unterwegs, meist ohne dass wir uns viele Gedanken dazu machen: Wir buchen unsere Ferien online, ebenso kaufen wir die Eintrittskarte für das Konzert oder Kino im Webshop. Wir bezahlen mit Kreditkarte oder Twint, und die Korrespondenz mit dem gebuchten Hotel läuft via E-Mail. Die Ferienfotos werden auf Social Media geteilt und auf der Festplatte des Computers oder in der Cloud gespeichert.

Was versteht man unter dem digitalen Nachlass?

Für all diese Transaktionen und «Bewegungen» erstellen wir Profile und Daten mit Passwörtern und Benutzernamen. Diese kennen meistens ausschliesslich wir selbst. Mit jeder Bewegung in der digitalen Welt hinterlassen wir Spuren, nicht zuletzt auch auf den so genannten lokalen Endgeräten, also Mobiltelefonen und Computern – und das können im Laufe eines Lebens eine ganze Menge sein. Diese Daten werden «digitaler Nachlass» genannt.

Gewusst, wo

Wem gehört dieser digitale Nachlass? Wer wird dereinst Zugriff auf meine Fotos, Konti in den Sozialen Medien

oder Krankenkassenunterlagen haben? Diese Fragen stellen sich uns allen. Im Schweizer Erbrecht bestehen dafür keine speziellen Regelungen. Ohne Testament oder Erbvertrag geht der digitale Nachlass automatisch auf die gesetzlichen Erb:innen über.

Man tut deshalb gut daran, bereits zu Lebzeiten Angehörige oder Vertrauenspersonen über Passwörter und Login-Daten zu informieren. Das geht mit einer Liste, die laufend aktualisiert wird und auf der die genutzten Online-dienste und Zugangsdaten aufgeführt sind. Die Liste muss an einem sicheren Ort aufbewahrt werden, beispielsweise in einem digitalen Passwort-Manager.

Die SP Schweiz hat ein ausführliches Merkblatt zum digitalen Nachlass verfasst, das weitere Möglichkeiten der Regelung aufzeigt. Das einzelne Merkblatt wie auch der komplette Testament-Ratgeber «Werte weitergeben» können kostenlos bestellt werden bei: regula.schweizer@spschweiz.ch oder 031 369 29 87.

→ Weitere Informationen finden sich hier: www.sp-ps.ch/werte-weitergeben



Auch Ferienfotos gehören zum digitalen Nachlass, der vererbt wird.



Moritz Hager

Gebratener Blumenkohl auf Süsskartoffel-Stock

Zutaten für 4 Personen

- 1 grosser Blumenkohl
- 600 g Süsskartoffeln
- 400 g festkochende Kartoffeln
- 200 g Soja-Joghurt Nature
- ½ Knoblauch-Zehe
- 75 g Margarine
- 75 ml Olivenöl
- Frischer Peterli und Basilikum
- Cayennepfeffer, Kreuzkümmel, Paprika, Zimt, Muskatnuss

Zubereitung

1. Blumenkohl schälen und in gleich grosse Rosetten schneiden.
2. Geschälte Süsskartoffeln und Kartoffeln in Stücke schneiden, im Salzwasser 30 Minuten garen. Blumenkohl-Rosen im Dampf-Einsatz mitgaren.
3. Sobald der Blumenkohl bissfest ist, abtropfen und in der Marinade aus Olivenöl, 5 gehackten Basilikumblättern, je einer Prise Salz, Cayennepfeffer, Kreuzkümmel, Paprika und Zimt wenden. In einer Bratpfanne braun rösten.
4. Kartoffeln stampfen und durch ein Sieb drücken oder durchs Passe-vite drehen. Margarine unterziehen und mit Muskatnuss, Salz und Pfeffer abschmecken.
5. Soja-Joghurt mit halber, fein gehackter Knoblauch-Zehe, einer Prise Salz, Pfeffer und einem halben Bund frischer Petersilie würzen.

Anrichten und geniessen.



5

Fragen an Lucia Kalbermatten

aus Haldi bei Schattdorf (UR)

Warum bist du der SP beigetreten?

Es gibt eine kurze und eine lange Antwort. Kurz gesagt, wollte ich Stellung beziehen und mich klar positionieren. Die Werte und die Ziele der SP sind auch meine Ziele. Das war schon immer so.

Und die lange Antwort?

Mein Vater war Saisonnier. Er hat auf dem Bau am Gotthardstrassentunnel gearbeitet und war in der Gewerkschaft engagiert. In meiner Familie hat man sich immer für Schwächere eingesetzt und die SP gewählt. Dann hat mich vor kurzem eine Kollegin gefragt, ob ich für den Landrat kandidieren wolle. Einerseits ist das eine sehr interessante Aufgabe und ich engagiere mich gerne. Andererseits muss man in dieser Funktion dossierfest sein und eine fundierte Ahnung haben. Ich habe dann Nein gesagt, bin aber der Partei beigetreten. Ich bin vom Herzen her SP.

Kannst du dir vorstellen, ein anderes Amt zu übernehmen?

Grundsätzlich ja. Aber erst möchte ich die SP und das politische Umfeld besser kennenlernen, um zu sehen, wo ich meine Stärken am besten einbringen kann.

Was machst du beruflich?

Ich arbeite als Lehrperson in der Primarschule in Altdorf. Vorher habe ich zehn Jahre lang Deutsch als Zweitsprache unterrichtet. Ohne Sprache funktioniert Integration nicht und die Migrant:innen können weder arbeiten noch sich einbringen. Das ist sehr schade und führt auch oft zu Konflikten. Kein Mensch flieht so einfach aus seiner Heimat. Wir müssen diesen Menschen weiterhelfen.

Was erwartest du von der SP?

Ich wünsche mir, dass sich die Partei im Bereich Migration und Asyl einsetzt. Bildung ist natürlich ebenfalls ein Thema, das mich beschäftigt. Wir Lehrpersonen brauchen genug Ressourcen, um integrativ arbeiten zu können. Auch gute Tagesstrukturen für die externe Kinderbetreuung sind wichtig. Und dann beschäftigen mich auch Themen aus der Energiepolitik. Hier müssen wir endlich vorwärtskommen!

Pia Wildberger

BILDUNG BEI DER SP SCHWEIZ

Keine Demokratie ohne Bildung! An unseren Veranstaltungen informieren wir engagierte Parteimitglieder über die unterschiedlichsten Themen, unterstützen wir unsere Leute in den Sektionsvorständen sowie unsere Behördenmitglieder in ihrem Engagement und stärken die Vernetzung in der Partei.



Intersektionalität: Wir schärfen den Blick! Ein Podiumsgespräch

- Wann: Donnerstag, 13. Juni, 18.30–21 Uhr, mit anschliessendem Apéro
- Wo: Präsenzveranstaltung in Zürich
- Zielpublikum: Mitglieder und Interessierte

Unsere Mitgliederdatenbank Tocco

- Wann: Dienstag, 25. Juni, 10–16 Uhr
- Wo: Präsenzveranstaltung in Bern
- Zielpublikum: Adressverantwortliche/ Verantwortliche Mitgliederadministration sowie Power-User:innen in den Kantonalparteien

Kommunaltagung

Die diesjährige Kommunaltagung widmet sich dem Thema Kollegialitätsprinzip auf Gemeindeebene und bietet zahlreiche Workshops zu verschiedenen Themen inhaltlicher und handwerklicher Art. Im Vordergrund stehen neben diesen Inputs der Austausch und die Vernetzung.

- Wann: Samstag, 14. September, 10–16 Uhr
- Wo: Präsenzveranstaltung in Belp (BE)
- Zielpublikum: Mitglieder in Behördenämtern

Weiterbildung für Angestellte von Kantonalparteien («Funktischung»)

- Wann: Freitag/Samstag, 15./16. November
- Wo: Präsenzveranstaltung in Murten
- Zielpublikum: Angestellte von Kantonalparteien

Tag der Themenkommissionen

- Wann: Samstag, 23. November, nachmittags
- Wo: Präsenzveranstaltung in Bern
- Zielpublikum: Mitglieder von Themenkommissionen und Interessierte

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Windows 11 und MS Office 2021 für Einsteiger:innen (Word/Excel)

Kurs Nr. D2.6.2408
28.–30. August 2024 in Bern
Keine Erfahrung mit Computern, mit Windows und den Office-Programmen Word und Excel? Kein Problem! Wir führen Neueinsteiger:innen ruhig und ohne Druck in die Welt von Windows und Office ein. Die Teilnehmenden lernen, den Computer zu bedienen sowie erste Texte, Rechnungen und Datenbanken zu erstellen.

Vorbereitung auf das Mitarbeitendengespräch und Lohnverhandlungen

Kurs Nr. D2.4.2431
17.–18. September 2024 in Zürich

In diesem Kurs lernen wir, wie wir uns auf ein Mitarbeitenden- oder Qualifikationsgespräch vorbereiten können, um dabei zu überzeugen. Anhand einer Kompetenzbilanz erkennen wir unseren Wert für das Unternehmen. Wir lernen, uns mit Argumentations- und Verhandlungsgeschick für unsere Anliegen einzusetzen, beispielsweise für eine Lohnerhöhung.

Gesund trotz Schichtarbeit – asa

Kurs Nr. D2.2.2404
26. September 2024 in Bern
Unregelmässige Arbeits- und Ruhezeiten sind ungesund. Deshalb müssen Betriebe mit Schichtarbeit strenge gesetzliche Vorgaben einhalten. In diesem Kurs lernen Mitarbeitende und

Vorgesetzte, mit Schichtarbeit besser umzugehen. Dazu gehören Tipps für besseren Schlaf und gesunde Ernährung, aber auch Massnahmen für eine optimierte Arbeitszeitorganisation.

Erwerbsarbeit und Renten aus Frauensicht

Kurs Nr. D2.3.2408
2. Oktober 2024 – online
Besonders Frauen mit Familie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit und arbeiten oft Teilzeit. Dies wirkt sich bei den Renten schmerzhaft aus. Worauf können Frauen achten, um im Alter besser abgesichert zu sein? Wo kann die Politik ansetzen und welches sind die gewerkschaftlichen Strategien, um Frauen vor Altersarmut zu schützen?

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

AGENDA 2024

DI, 21. MAI

Prämien-Entlastungs-Initiative mit Barbara Gysi in Wil SG

DO, 30. MAI

Prämien-Entlastungs-Initiative mit Barbara Gysi in Ennenda GL

SA, 1. JUNI

Mitgliederkonferenz SP 60+, Bern

FR, 14. JUNI

Feministischer Streik, schweizweit

SA, 15. JUNI

Pride mit SP queer, Zürich

SA, 15. JUNI

Delegiertenkonferenz SP Migrant:innen

FR, 21. JUNI

Parteirrat, Olten

Aktuelle Infos unter
www.sp-ps.ch/agenda



Für Kurzt-
schlossene hat
es im Juni noch
Platz!



Al Forno
vacanze



5 gemütliche Tessiner Rustici Im autofreien Weiler Pila – Intragna/Centovalli

Bettina & Till freuen sich auf euch!

www.al-forno.ch



Stadtrundgang «ZH Kolonial» über die kolonialen Verwicklungen Zürichs

Rundgang mit dem Fokus:
«Wirtschaftliche Ausbeutung
und Kolonialismus»:
25. Mai, 14 Uhr; 2. Juni, 14 Uhr.
Rundgang mit dem Fokus
«Wissenschaft, Kultur und
Kolonialismus»:
31. Mai, 17.30 Uhr; 8. Juni, 14 Uhr

Stadtrundgang «FR Kolonial» über die kolonialen Verwicklungen Fribourgs

Stadtrundgang zur Geschichte
des Kolonialismus und Rassis-
mus in Fribourg, am 14. Juni
2024, in Kooperation mit der
Stiftung Cooperaxion.

Weitere Informationen und
Anmeldung: [www.anny-klawa-
morf.ch/events](http://www.anny-klawa-morf.ch/events)

130 Jahre Anny Klawa-Morf: Jetzt neu aufgelegte Biografie bestellen

Zum 130. Geburtstag von Anny Klawa-Morf wurde die Lebensgeschichte dieser eindrücklichen Person neu aufgelegt. Die Anny Klawa-Morf Stiftung will damit einen Teil der Geschichte der Arbeiterinnen- und Frauenbewegung in der Schweiz erzählen. Die Neuauflage enthält ein Vorwort des Historikers Jakob Tanner und ein Nachwort von Lina Gafner und Simona Isler, den Leiterinnen der Gesteli-Stiftung. Teil des Buches sind ca. 50 Fotografien, die aus verschiedenen Beständen stammen und für diese Neuauflage zusammengetragen wurden.

→ Hier bestellen:
www.anny-klawa-morf.ch/biografie-bestellen





Auf zum feministischen Streik am 14. Juni!

Wir streiken für gute Löhne und Renten,
für eine bessere Anerkennung von Care-
Arbeit sowie gegen Gewalt und Sexismus.
Das zeigen wir mit den Klebe-Tattoos.

Hier kannst du sie bestellen:



→ www.sp-ps.ch/feministische-tattoos